

FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpresse@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

04.11.2015

Pressemitteilung Nr. 17/660

Höntsch: Rechtsradikale Strukturen dürfen sich bei uns nicht etablieren

Heute vor vier Jahren endete die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) mit dem Tod der beiden Täter Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Dazu erklärt der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion gegen Rechts, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, der Abgeordnete Michael Höntsch aus Hannover:

„Es gilt heute, die Lehren aus dieser Geschichte zu ziehen. Mundlos, Tschäpe und Co. wurden radikalisiert in Zeiten von Lichtenhagen und anderer gewalttätiger Auseinandersetzungen gegenüber Menschen aus anderen Ländern.“

„Heute nehmen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in einer atemberaubenden Geschwindigkeit zu. Offene Nazi-propaganda in Dresden und anderen Städten geht einher mit zunehmender Gewalt gegenüber Flüchtlingen, aber auch gegenüber der Polizei. Der feige Mordversuch von Salzhemmendorf ist ein drastisches Beispiel“, betont der SPD-Landtagsabgeordnete Michael Höntsch.

„Ganz offensichtlich“, so Höntsch, „brechen hier Dämme, das Gewaltmonopol des Staates wird infrage gestellt.“ Immer mehr Menschen werden Opfer rassistischer Gewalt. „Es ist darum gut“, so der SPD-Fachpolitiker, „dass die Landesregierung genau jetzt mit ih-

rem Landesprogramm gegen Rechts auf den Plan tritt. Wir wollen keine sächsischen Verhältnisse in Niedersachsen", stellt Höntsch entschieden fest.

Jetzt müsse zügig das NPD-Verbot durchgesetzt werden. „Rechtsradikale Strukturen dürfen sich hierorts nicht etablieren.“ Angesichts der jüngsten Entwicklungen fordert Höntsch, die AfD künftig in Niedersachsen durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen.